Nr. 17 XXVI. Jahrgang

Freitag, 18. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 5 97, Expedition Nr. 13 5 98, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Millimeterzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Schiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bezirksbereich monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Bezugspreis in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 2,25 Kr., vierteljährl. 6,75 Kr.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 2,52 „ „ 7,56 „
Nach d. Auslande in Kreuzbd. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Fortdauernde Debatte Kühlmann-Trotzkij

Vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten — Der Aufenthalt Kerenskijs entdeckt — Wieder 21000 Tonnen versenkt — Amerika will jährlich 700000 Mann aufstellen

In Brest-Litowsk

× Brest-Litowsk, 16. Januar

Am 15. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 über das Territorium eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Frage der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückkreifend, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Staatssekretär v. Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatswerdung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde.

Herr Trotzkij erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte fest, wenn es gelänge, über die Bedingungen einer bestätigenden Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als konstituierende oder konfirmierende anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Herr Trotzkij gab zu, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine. Es komme in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteiles zu gewährleisten. Es sei daher nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Bei der Erörterung des vom Staatssekretär v. Kühlmann gemachten Vorschlages, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schnitt Herr Trotzkij sofort die Räumungsfrage an. Er sei der Ansicht, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte darauf: Da die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an andern Fronten jedenfalls erheblich größer als nach Abschluß des allgemeinen Friedens sei, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechne. Weitere Sicherungen als in Artikel 1 vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzkij entgegnete, daß er in der Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde.

Staatssekretär v. Kühlmann wiederholte, daß es unmöglich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen. Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Die Nachmittagssitzung

wird durch den Staatssekretär v. Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: „Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraums zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsre Darlegungen in irgendeiner Weise einzugehen. Wir gehen zum zweiten Punkt über, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erfolgen soll. Die Hauptfrage wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bzw. der Wahl zur ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Eine Zahl jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten, aber gegen die Zusicherung, daß diese Kräfte in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu, über die er sich erst völlige Klarheit verschaffen müsse.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes unmöglich erscheinen lassen würden. Auf eine militärische Sicherung der Ordnung könne nicht ganz verzichtet werden.

Herr Trotzkij erklärte, er müsse sich zunächst auf die Vorstellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde. In engem Zusammenhang damit stehe die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Erst nach dieser Rückkehr könne, seiner Ansicht nach die Abstimmung stattfinden.

Staatssekretär v. Kühlmann gab die Berechtigung der Rückkehr zu. Die Verwaltungsbehörden müßten aber erst feststehen, welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte um Kenntnisnahme des bei der russischen Regierung hierüber vorliegenden Materials, wozu sich Herr Trotzkij bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Grundsätzliches Einvernehmen mit den Ukrainern

× Brest-Litowsk, 16. Januar

Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit den russischen Vertretern in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutschen Delegierten teilnahmen, führte zur Herstellung eines prinzipiellen Einvernehmens über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung der Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Die bayrische Vertretung in Brest-Litowsk

× Berlin, 16. Januar

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der bevorstehenden Entsendung des Kgl. Bayrischen Staatsministers a. D. Graf v. Podewils nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preußischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskriege abgeschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter Seiner Majestät des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den Deutschen Reichskanzler, seine Instruktion erhält.

Die Möglichkeit des Ausgleichs

× Berlin, 17. Januar

In einem Artikel „Die Klärung in Brest-Litowsk" sagt die „Nordd. Allg. Ztg.":

„Die Antwort des Vierbundes, die die Niederlage der letzten Verhandlung in Brest-Litowsk bildete, bedeutet sicherlich einen ausgreifenden Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung. Herr Trotzkij hat auch in seiner Antwort anerkannt, daß die Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt hat. Die Zentralmächte erstrebten vor allem in sachlicher Hinsicht eine Klärung dahin, daß die Mittelmächte den Weg zu einer Verständigung in einem Kompromiß sehen, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. In den vier Punkten, in denen diese Tatsachen zusammengezogen wurden, und mit ihnen die praktischen Folgerungen, die den Mittelmächten als Unterlage eines Kompromisses noch möglich erscheinen, offenbart sich in gleicher Weise der Gegensatz, der noch zwischen beiden Parteien besteht, wie vor allem der Weg, auf dem er überwunden werden kann."

Erkundungsgefechte in zahlreichen Frontabschnitten

× Großes Hauptquartier, 17. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Paschendaele, an der Scarpe, bei Vendhuille und St-Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Im Cerna-Bogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front

Die Lage ist unverändert. Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen zwölf Offiziere und mehr als 500 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Kerenskij vor der Verhaftung

× Stockholm, 17. Januar

Laut „Rjetsch" soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenskij in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Ein Anschlag auf Lenin

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet unter dem 15. Januar: Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert. Nach dieser Meldung des offiziellen Bureaus hält sich also Lenin nicht in einem finnischen Sanatorium auf, wie gestern von russischer Seite gemeldet wurde, — Ueber einen wachsenden

Gegensatz zwischen Lenin und Trotzkij

teilt der Stockholmer Korrespondent der „Voss. Ztg." mit: Nach mir zugehenden, durchaus zuverlässigen Petersburger Meldungen ist der Riß, der sich schon seit einiger Zeit innerhalb des Volkskommissarienrates bemerkbar gemacht hat, nunmehr so gut wie unüberbrückbar geworden. In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß Lenin unzufrieden ist, sowohl mit Trotzkijs Einfluß als mit Trotzkijs Ansichten, die sich nicht immer dem Leninschen sozialrevolutionären und internationalpolitischen Drauflosmarsch zuneigten. Dem verbissenen Revolutionär Lenin, der dem wirklichen Leben stets fernegestanden hat, wurde Trotzkij, der Anhänger des praktisch Möglichen, immer unleidlicher werden, und so ist schließlich zwischen diesen beiden eine Spaltung eingetreten, die ein weiteres Zusammenarbeiten so gut wie unmöglich macht. Lenins Sozialisierung der russischen Privatbanken, dieser dilettantische, von einem Studenten im dritten Semester, namens Brillant, ausgearbeitete Plan, der Rußlands Volkswirtschaft vollends zu vernichten droht, Lenins Auslieferung der russischen Industrie an die Arbeiter, die die Schließung einer Fabrik nach der andern nach sich zieht, und ähnliche von lebensfremder Theorie diktierte Experimente haben in Trotzkij einen ernsten Widersacher gefunden. Und Brest-Litowsk hat den Riß vollendet. Solidarisch mit Lenin ist eigentlich nur Krylenko, der es noch immer nicht verschmerzen kann, daß er weder zu den Waffenstillstands- noch zu den Friedensverhandlungen herangezogen worden ist. Die übrigen Regierungsmitglieder und ebenso der weitaus größte Teil des sowjetischen Exekutivausschusses stehen wohl restlos auf Trotzkijs Seite.

Die Ausweisung der Rumänen

* Rotterdam, 17. Januar

„Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Die russischen Behörden haben dem in Kischinew errichteten rumänischen Regierungsbureaus die Kündigung zum 31. Januar zugestellt. An diesem Tage haben die letzten in Rußland weilenden rumänischen Regierungsbehörden das russische Staatsgebiet zu verlassen. — Wie Reuter meldet, bestätigt ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht worden ist.

Neue Zeitrechnung in Kurland

* Königsberg i. Pr., 17. Januar

Durch Verordnung wurden für das Gouvernement Riga sowie die Insel Oesel der gregorianische Kalender und die mitteleuropäische Zeit eingeführt.

Ein „Neutraler" warnt den Vielverband

Von unserm früheren römischen Mitarbeiter

Lugano, 7. Januar

Es will etwas bedeuten, wenn in der im ganzen ententefreundlichen „Neuen Zürcher Zeitung", in der noch kürzlich die deutsche Reichs- und Kriegsleitung der Verlängerung des Krieges beschuldigt und die Friedensfreunde des italienischen Parlaments verhöhnt wurden, „ein mahnendes Wort an die Alliierten" gerichtet wird. Ein Luganeser Mitarbeiter des „neutralen" deutschschweizerischen Blattes findet nun doch die Zeit gekommen, auch die Entente vor der Verantwortung zu warnen, die sie mit der Versäumung des „kostbaren Augenblicks" auf sich laden würde. Natürlich werden wiederum die „deutschen Militaristen" beschuldigt, das „System der Gewalt und der realen Garantien" zu befürworten, und es wird einem etwaigen Sonderfrieden mit Rußland nachgesagt, daß er „zu einer neuen Zweiteilung der Welt und zu neuen Kriegen führen würde". Noch mehr: Der Entente wird kühn „die pazifistische Vergangenheit ihres mächtigen Alliierten" (siehe Raubkrieg gegen Spanien!) gutgeschrieben, während dem Vierbund eine „antipazifistische Vergangenheit" ins Schuldbuch geschrieben wird. — Aber es ist dem Leitartikler zum mindesten klar geworden, daß dem Ideal einer künftigen Sicherung des Weltfriedens „auch" (!) die realpolitischen Ziele aller der Alliierten „außer Amerika" (!) im Wege stehen. Die Friedensidee „beginne" (!) in Deutschland ihren Einzug zu halten, „trotz allen Interviews der vergötterten Feldmarschälle", weshalb jetzt nicht „die Halsstarrigkeit der Entente" unter Versäumung des kostbaren Augenblicks „den zentralmächtlichen Militaristen und Annexionisten, die die Wilsonschen Absichten als Heuchelei bezeichnen, scheinbar rechtgeben" dürfe.

Man sieht: Im Grunde bleiben für den Mitarbeiter des neutralen Zürcher Blattes, der von der neutralen Presse eine Aufklärung der Kriegführenden erwartet, die Mittelmächte immer noch die bösen Buben. Aber da sie nun doch einmal nolentes volentes eine entgegenkommende Wendung gemacht haben, so täte die Entente gut, nicht trotzköpfig beiseite stehen zu bleiben; andernfalls „würde die Geschichte an dieser größten Unterlassungssünde der Jahrhunderte auch (!) den Alliierten einen Teil belasten". Es ist für uns äußerst erfreulich, zu sehen, daß auch ein Neutraler vom Schlage dieses Luganesers nicht mehr umhin kann, dem kriegswütigen Raubverbande zuzurufen: „Die Entente setze sich jetzt an den Tisch und nehme den Kampf mit dem Gegner auf: sie wird sehen, daß sie den Kampf vielleicht (sicherlich!) mehr gegen die eigenen Gegner der neuen Idee als gegen die Kühlmann, Czernin usw. führen muß."

Mehr können wir nicht erwarten und verlangen. Und das Verdienst, solchen Umschwung herbeigeführt zu haben, würde uns die Geschichte lassen müssen — trotz aller „neutralen" Geschichtsklitterei. R. S

Das Helgoland des Atlantischen Ozeans

× Bern, 15. Januar

Das Dubliner „Freemans Journal" vom 11. Januar druckt einen Artikel des britischen Flottenvereins über Irlands strategische Bedeutung für die Alliierten ab, in dem die Zeitung eine bemerkenswerte satirische Aufschrift Depeschen über denselben Gegenstand anführt. „England", so schreibt der Sinnfeiner-Führer, „ist in Aemsten, daß es das „Helgoland des Atlantischen Ozeans" verlieren könnte. England weiß, daß ihm Irland ungleich wichtiger ist als seine sämtlichen überseeischen Besitzungen zusammengenommen, denn der Besitz Irlands hat es instand gesetzt, Europa zu beherrschen und den Welthandel zu kontrollieren. Niemand weiß besser als England, was Berehaven und Longhswilly als Tauchbootstützpunkte für Deutschland bedeuten würden, und nun fürchtet es, daß Irland seinen Händen entschlüpfen könnte. Auf Grund der Freiheit der Meere müssen die Dardanellen internationalisiert werden, weil das Schwarze Meer so groß und der Türke so aggressiv ist. Aber so klein und unbedeutend ist der Atlantische Ozean und England so harmlos, daß diese Formel seine Herrschaft sichern und es im Besitze seines Helgoland lassen muß. Gute alte Britannia! Eine Formel verschlucken du nie richtig anzuwenden: nämlich was dein ist, ist mein, und was mein ist, gehört mir allein. In diesem Sinne wirst du ohne Fehl der Völkerliga beitreten, die Doktrin der Freiheit der Meere unterschreiben und jede andre Partnerschaft annehmen, für die du vertrauensselige Toren als Teilnehmer findest. Ob Wilson zu ihnen gehört, dürftest du bereits herausgefunden haben. Natürlich wissen wir alle, daß du, die du nicht jenen deutschen Hunnen gleichst, dein Helgoland lediglich zu haben wünschest, um das Weltmeer frei zu erhalten, wie du es in der Vergangenheit freigehalten hast. Natürlich hast du ja niemals in den Handel und die Entwicklung eines Nachbars eingegriffen und nie einen möglichen Rivalen niedergeschlagen, ehe er sein Haupt erhob. Natürlich sind deine Nelsons nicht wie jene Tirpitze. Sollte man aber nicht trotzdem dieses Helgoland des Atlantischen Meeres als beständige Versuchung für deine Tugend fürchten müssen? Du weißt, daß selbst die Gerechten fallen. Außerdem bedenke, wieviel ruhiger die Staatsmänner Europas, Graf Hertling und Kompagnie, schlafen werden, von Wilson und Amerika gar nicht zu reden, bedenke, was für einen vollständigen Feiertag die Strategen haben

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180118/1